



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/123

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

29. Mai 1953

Die Neubesetzung in Karlshorst	S. 1
Zur Lage in Frankreich	S. 3
Gewissenserforschung der CDU-Bundestags- abgeordneten	S. 5
Deutsche Aufrüstung: Zu früh ? (Buchbesprechung)	S. 6

## Eine neue Etappe ?

Th. Die Berufung des früheren politischen Beraters der Sowjetischen Kontrollkommission, des Botschafters Semjonow, zum Hohen Kommissar in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, hat Spekulationen über die weitere Entwicklung der sowjetischen Deutschlandpolitik ausgelöst. In der Ernennung Semjonows auf den führenden Posten in der sowjetischen Administration in Deutschland reflektieren sich die Gruppeninteressen, wie sie gegenwärtig in der höchsten Spitze des Moskauer Zentrums bestehen. Semjonow hat seine politische Laufbahn im außenpolitischen Stab des Chefs der Sowjetischen Staatssicherheit Berija begonnen und gilt als enger Vertrauensmann Berijas. Er kommt nach Deutschland mit der ganzen Autorität der Führungsgruppe Malenkow-Berija-Chruschtschow, die gegenwärtig die sowjetische Politik bestimmt.

In der amtlichen Moskauer Bekanntmachung heißt es u.a., daß Semjonow angemessene Beziehungen zu den Vertretern der Alliierten aufrechterhalten und die Interessen der Sowjetunion entsprechend den Potsdamer Beschlüssen wahren soll. Hier zeigt sich das sowjetische Bestreben, über die stärkere Heranziehung der Institution der Hohen Kommissare möglicherweise eine Wiederbelebung des Alliierten Kontrollrats, dessen Tätigkeit seit dem 20. März 1948 ruht, auf einer neuen Ebene zu versuchen.

Als Semjonow am 21. April 1953 von seinem Posten durch das

Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und dem Kominform-Experten Pawel Judin abgelöst wurde, setzte ein verschärfter Kurs in der Sowjetzone ein, der offensichtlich von Ulbricht und seiner Gruppe dazu benutzt wurde, eine Anzahl vollendeter Tatsachen zu schaffen. Es muß abgewartet werden, inwieweit die Berufung Semjonows und die Zurücksetzung Judins sich auf den inneren Kurs innerhalb der sowjetischen Zone auswirken wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Wechsel zu Rückwirkungen auf die Position Ulbrichts und seines Anhangs in der SED führen wird, und daß es gleichzeitig zu einer Überprüfung von verschiedenen Terrormaßnahmen kommen wird, wie sie sich im Laufe der letzten Wochen auf dem Gebiete des Kirchenkampfes, der Kollektivierung und der Versorgungskrise ergeben haben. Es wird weiterhin interessant sein, zu beobachten, ob es u.a. zu einer Rehabilitierung der verhafteten Minister Dertinger und Hamann kommen wird, von denen bekannt ist, daß sie in einem engen Verhältnis zu Semjonow gestanden haben.

Semjonow gilt als ein Mann von hohen intellektuellen Gaben und einer verbindlichen diplomatischen Geschmeidigkeit, der auch während seiner Tätigkeit als politischer Berater es immer verstanden hat, den Anschein zu erwecken, daß er für sogenannte "vernünftige Lösungen" und konziliante Methoden Verständnis habe. Man kann sicherlich manche von den Äußerungen Semjonows auf das Prinzip der Mehrgleichigkeit in der sowjetischen Politik zurückführen. Es bleibt jedoch die Tatsache, daß mit der Person Semjonows ein Mann auf der deutschen Bildfläche erscheint, der mit einer genauen Kenntnis der deutschen Probleme und des komplexen außenpolitischen Hintergrundes die entscheidenden Zusammenhänge und realen Kräfteverhältnisse in Deutschland beurteilen kann und sicherlich dem Krenl in dieser Phase Ratschläge erteilen wird, die für die weitere Entwicklung der Deutschlandfrage bedeutsam sein werden.

Die Berufung Semjonows bedeutet eine neue Etappe der sowjetischen Deutschlandpolitik. Man wird von deutscher Seite mit erhöhtem Interesse die Entwicklung zu beobachten haben, die sich aus der zukünftigen Praxis Semjonows ergeben wird, und es wird von deutscher Seite notwendig sein, alle Möglichkeiten zu nutzen, die zu einer Überwindung des toten Punktes führen können, der in der Deutschlandfrage seit dem sterilen Notenwechsel des vergangenen Jahres besteht.

Chancen einer französischen Linken

G.S. - Paris, Ende Mai

Wahrscheinlich wird Frankreich wieder eine konservative Regierung auf der Grundlage der gleichen Koalition bekommen, die Ministerpräsident René Mayer - mitunter wie ein Strick den Gehängten - unterstützte. Aber ebenso unzweifelhaft ist, daß sich im Verlauf der gegenwärtigen französischen Regierungskrise Anzeichen einer politischen Neuorientierung bemerkbar machten, die für Frankreichs zukünftige politische Entwicklung bedeutungsvoll sein können.

Die Tatsache, daß Präsident Vincent Auriol als ersten den Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, zu sich berief, um ihn mit der Bildung der Regierung zu beauftragen, war mehr als eine symbolische Handlung: Die Sozialisten hatten die Regierung nicht gestürzt (sondern die Gaullisten), und es hätte kein besonderer Grund bestanden, gerade einen Sozialisten mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Wenn es dennoch geschah, so ist dies damit zu erklären, daß die Sozialisten bei den letzten Gemeindewahlen einen eindeutigen Erfolg erzielten und daß sich in Frankreich eine immer deutlicher werdende Tendenz bemerkbar macht, eine Regierungskoalition an die Macht zu bringen, die "soziale Interessen" in den Vordergrund stellt.

Auf sozialistischer Seite ist man bereit, mit einem Teil der katholischen Volksrepublikaner und sogar jenen gaullistischen Dissidenten zu regieren, die sich vom General nicht (wie die meisten Abgeordneten) aus konservativen Erwägungen, sondern deshalb getrennt haben, weil sie die sozialreaktionäre Doktrin des Generals nicht akzeptierten. Doch wurde abermals klar, daß eine wesentliche Frage die beiden Parteien trennt: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche. Hingegen scheint auf allen anderen Gebieten eine immer größere Einstimmigkeit zu herrschen: Beide Parteien setzen sich für die Politik einer Wirtschaftsexpansion, für die gesteigerte Fortsetzung der Investitionspolitik, für eine fortschrittliche Lohnpolitik und für die Ausarbeitung einer neuen Sozialpolitik ein, die nicht, wie bisher, die Interessen der werktätigen Bevölkerung den Sonderinteressen jener aufopfert, die periodisch die Regierungen stürzen, weil die Subventionen für die

Zuckerrübenproduzenten und die Schnapsbrenner nicht als ausreichend betrachtet werden...

Bemerkenswert ist, daß sowohl bei den Sozialisten als auch bei den Volksrepublikanern Stimmen laut werden, die fordern, daß das Problem der Trennung von Staat und Kirche, das konkret in der Subvention der "freien" katholischen Schulen durch den Staat zum Ausdruck kommt, in den Hintergrund gedrängt werde. Mit anderen Worten: Die alte Idee Léon Blums von der Bildung einer französischen "parti travailliste", die alle linken Elemente mit Einschluß der sozialistischen und christlichen Gewerkschaftler umfassen müßte, ist wieder aktuell geworden.

Auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften kam dieser Gedanke ganz besonders deutlich zum Ausdruck. Zahlreiche Redner dieser Organisation, die übrigens mit bemerkenswertem Mut gegen die staatliche Subvention der katholischen Schulen Stellung nimmt, weil sie diese als einen Teil einer reaktionären Gesamtpolitik betrachtet, beriefen sich ausdrücklich auf Léon Blum und erklärten, es ginge nicht an, daß sich christliche Vertreter der Arbeiterschaft weiterhin mit den Vertretern der Reaktion zu einer Koalition zusammenschließen.

Schließlich wird in den Kreisen der "linken Gaullisten", die von de Gaulles reaktionärer Sozialpolitik enttäuscht sind, der Ruf nach Bildung einer Regierung laut, die die "Interessen der Werktätigen berücksichtige. Gewiß: Es wird eine gewisse Zeit vergehen, bis sich die Versuche, die hier und dort unternommen werden, in konkreten Resultaten bemerkbar machen können. Vielen Sozialisten, Volksrepublikanern und Gewerkschaftern ist <sup>es</sup> mit der Bildung dieser neuen französischen Linken, deren einzelne Elemente, isoliert ohnmächtig sind, ernst. Umso ernster übrigens, als die Kommunistische Partei, die diese Entwicklung erkennt und fürchtet, alles tut, um zu einer neuen "Volksfront" zu gelangen, die ihnen Gelegenheit geben würde, ihre Koalitionspartner in der Umarmung zu ersticken.

+ + +

Peinliche Fragebogen

F.B. Der Mehrheit der CDU-Bundestagsabgeordneten wird in diesen Tagen ein nicht gelinder Schreck in die Glieder gefahren sein, als sie von ihrer Bundesparteileitung einen detaillierten Fragebogen erhielten, der von jedem Abgeordneten umgehend zurückgereicht werden muß. Mit der Beantwortung der Fragen soll jeder Abgeordnete einen Überblick über seine politisch-parlamentarische Tätigkeit in den verflissenen Jahren geben und die Beurteilung des Fragebogens soll weitgehend für die "Wiederberufung" der einzelnen Abgeordneten in den neuen Bundestag maßgebend sein.

Der Schreck, den man den Abgeordneten damit eingejagt hat, beruht nicht etwa darauf, daß sie sich ihrer parlamentarisch-politischen Tätigkeit zu schämen brauchten, denn bis auf einige wenige, bei denen die Fleißnote tatsächlich schlecht ausfallen müßte, könnte die übergroße Mehrzahl diesen Fragebogen mit gutem Gewissen ausfüllen. Sie haben vier Jahre lang treu und brav ihre Wahlversammlungen abgehalten, Besucher in ihren Wahlkreisen empfangen, an Parteiveranstaltungen und Prozessionen teilgenommen und im Bundestage neben ihrer sachlichen Arbeit schön brav mit Ja gestimmt, wenn es ihr Bundeskanzler verlangte. Warum also die Furcht vor den Zensuren?

Nun, ein großer Teil der Abgeordneten der CDU weiß, daß der Fragebogen nur der Vorwand dafür ist, ihnen für treue Dienste den Dank der Partei auszusprechen, und sie abzuschieben. Die Bundesparteileitung ist nämlich bezüglich der Kandidatenaufstellung in eine gefährliche Zwickmühle geraten, nachdem sie sich im Run um die Stimmen restlos den Interessentenverbänden verschrieben hat.

Da sind einmal die Unternehmer, die eine stärkere Beteiligung bei der Kandidatenaufstellung verlangen. Vor 1933 war es üblich gewesen, daß die deutsche Großindustrie ihre "jungen Leute" ins Parlament schickte und die Politik aus dem Hintergrund steuerte. Nach dem Zusammenbruch hingegen mußte man, da ein großer Teil dieser Kräfte wegen politischer Belastung ausschied, man selber aber, wie Dr. Kurt Schumacher es einmal sagte, zu reaktionär war, um in die NSDAP einzutreten, selbst ins parlamentarische Geschäft einsteigen. Die Folge

war, daß beispielsweise im Frankfurter bizonalen Wirtschaftsrat in der damaligen CDU-Fraktion fast 55 Prozent Vertreter der Industrie saßen. Bei den Bundestagswahlen 1949 beschränkte man sich jedoch darauf, einige Einpeitscher in die Fraktion zu senden, während man selber, wie vor 1933, aus dem Hintergrunde steuern wollte. Diese Methode hat, wie das aus der Politik der Regierung Adenauer zu erschen ist, klingende Erfolge erzielen können, aber bei der Unersättlichkeit dieser Kreise ist man bei weitem noch nicht zufrieden und will im neuen Bundestag durch eigene Männer des Vertrauens nach dem Rechten sehen. Der Streit um den Quotenanteil ist zwar noch nicht endgültig ausgetragen, doch wird im Endeffekt etwa ein Drittel der Kandidaten von der Industrie gestellt werden.

Die zweite große Gruppe, die mit eigenen Kandidaten vertreten sein will, ist der Mittelstandsblock, wobei man hier deutlich zwischen dem Mittelstand und den politischen Vertretern der Mittelstandsorganisationen unterscheiden muß. Auch diese Gruppe hat ihre Forderungen angemeldet und der CDU eine Unterstützung nur dann zugesagt, wenn zumindest 35 Prozent der Kandidaten aus dem Lager des Mittelstandsblocks kommt. Zusammengenommen sind das schon 65 Prozent. Wenn man weiter bedenkt, daß die Prominenz der bisherigen Fraktion zum Zuge kommen muß und noch einige andere Mächtigkeitsgruppen ihre Quote verlangen, dann kann man ermessen, daß für einen Großteil der unbekannteren Leute in der bisherigen Fraktion parlamentarisch auf der Bundesebene das letzte Stündlein geschlagen hat.

"Nicht der Wähler bestimmt das Gesicht seiner Partei", so heißt es im Unternehmerbrief der CDU Nummer 2 vom 14. Mai 1953. "Die laufende Arbeit der Partei wird durch die Auswahl der Kandidaten bestimmt". Nachdem man den Interessentengruppen solche Offerten unterbreitet hat, nimmt es nicht wunder, wenn sie am Kandidatenausverkauf zu billigen Wahlgeldpreisen recht kräftig partizipieren wollen.

+ + +

#### Deutsche Aufrüstung: Zu früh ?

##### Bemerkungen zu einer Schrift Werner Baumbachs

-gg- Der frühere Luftwaffenoberst Werner Baumbach, eines der Ase der deutschen Luftwaffe, hat vor einigen Jahren schon über seine Kriegserfahrungen unter dem Titel "Zu spät" berichtet. Er tat es ehrlich und ohne Voreingenommenheit. Jetzt erschien eine neue Schrift von ihm: "Zu früh?" - "Freiheitliche Gedanken zur Verteidigung Europas", Verlag A. Daehler, Koblenz / Berlin. Diese freimütige Äußerung enthält höchst einleuchtende Formulierungen und wesentliche, in der Diskussion allzu oft weggelassene Gesichtspunkte neben Verkündungen,

die noch mehr eine bloße Richtung des Willens als schon begründete Einsicht erkennen lassen. Doch ist die Tendenz des Buches in gewisser Weise symptomatisch für die Gedanken einer breiteren Schicht jüngerer deutscher Offiziere, die bisher auf den vielbeachteten Soldatentagungen kaum zu Wort kam, sofern sie überhaupt vertreten war, die sich mit noch unüberwundenem Mißtrauen zurückhält, derweil es doch gerade auf sie bei jeder Wiederbewaffnung ankäme. Baumbach spricht nicht nur für sich allein, obgleich er sicherlich keinen "Kreis" vertritt.

Er ist zunächst mißtrauisch gegen "redselig gewordene Generale", die als Kommandeure und Erzieher in entscheidender Zeit versäumt haben, "uns rechtzeitig die Augen über die wahren Ursachen und Gefahren des Krieges zu öffnen", obschon sie heute behaupten, es schon immer gewußt und gesagt zu haben. Baumbach will nun keine Doutelei der Vergangenheit, sondern "eine Erkenntnis der derzeitigen Entwicklung und ihrer möglichen Folgen". Es ist ihm um "aufbauende Kritik" zu tun, um eine nicht nur militärische Aufrüstung Europas, die Überwindung des Eisernen Vorhanges, um neue Gedanken, um eine "gründliche Abkehr von den Sünden der Väter wider die lebendige Gemeinschaft der europäischen Völker". Damit wird er zum Kritiker auch der EVG- und der anderen amerikanischen Verteidigungspläne, ohne sich jedoch ins Lager eines utopischen Neutralismus zu begeben. Diesmal verlangt er, genau zu wissen, welches die Fähigkeiten und Absichten der Politiker sind, die neue Soldaten fordern. Gleich ihm verlangen das viele seiner modern denkenden Kameraden, die ebenso wenig Nationalisten sind. Der Autor findet es peinlich, "heute beobachten zu müssen, wie das Beispiel von Hitlers Kampf gegen den Weltbolschewismus im Westen offenbar Schule macht. Für Europa ist nicht nur lebenswichtig, wie und wohin die Sowjets marschieren, sondern mindestens ebenso, welche Marschrichtung die Nordamerikaner" - denen Baumbach ein außenpolitisches Konzept ab spricht - "in ihrem ideologischen Kreuzzug einschlagen". Jede realistische Politik müsse das Ziel haben, das Gleichgewicht zwischen Orient und Okzident durch eine Stärkung Europas wiederherzustellen.

Zu dieser Folgerung führt vor allem eine nüchterne Betrachtung der Rüstungen und des Potentials der Weltmächte. Die dringend notwendige Vorbereitung einer Verteidigung Europas dürfe nicht in die "nordamerikanische Sackgasse" getrieben werden. Neue und bessere Möglichkeiten ergäben sich, weil "der alte Kampf um die Vormachtstellung in Europa sinnlos geworden ist". Eine "bewaffnete Selbständigkeit Europas" wäre auch der Weg zu einer besseren und weniger kostspieligen Freundschaft mit den USA. Sie würde zugleich die Sowjets von ihrer Furcht vor einem amerikanischen Angriff via Europa befreien. "Die Verteidigung Europas steht und fällt mit dem guten Einvernehmen aller beteiligten Völker". Es empfiehlt sich daher auch nicht, "die natürlichen Bindungen des Soldaten zu Volk und Heimat unnötig zu zerreißen" (in einer integrierten Armee). Dennoch sei für Versorgung, strategische Verbände, Luftflotten und Seeverkehr eine enge Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Verteidigungsblock notwendig. Baumbach glaubt an die Möglichkeit, durch eine so geartete enge Zusammenarbeit der europäischen Völker Schritt für Schritt auch die europäische Einigung erreichen zu können. - Auch zur Organisation einer künftigen deutschen Wehrmacht macht Baumbach Vorschläge, auf die hier im einzelnen nicht mehr eingegangen werden kann. Fachliche Kritik an der Broschüre wird nicht auf sich warten lassen. Wir nahmen aber den 1916 geborenen Baumbach als Vertreter einer in die parteiischen Auseinandersetzungen um die Wehrfrage nicht verstrickten Schicht von Offizieren, die auf keinen Fall mit den Ideen des vorigen Krieges die Mitverantwortung für einen möglichen neuen auf sich nehmen wollen. Damit ist die Diskussion bereichert worden, die bisher wesentlich in subventionierten Klüngeln und Zeitschriften geführt wurde und deren Wortführer die Skepsis der Jüngeren nicht zu erschüttern vermochten.